Trumps „Antifa“-Kampagne. Über internationale Strafverfolgung, politische Feindbilder und die Rolle des deutschen Innenministeriums

Von Jobst Paul

21. November 2026

Abstracts

This article examines the Trump administration’s international campaign against networks it labels “Antifa” or “far-left terrorist” and the involvement of Germany’s Federal Ministry of the Interior. Its starting point is the Counterterrorism Law Enforcement Workshop held in Berlin on 9–10 November 2026. Drawing on official statements, parliamentary records, a Peruvian travel authorisation and US budget and procurement documents, the article reconstructs the workshop’s institutional and financial infrastructure, including the role of the US Department of Justice’s overseas assistance programme, OPDAT. It places the Berlin meeting alongside US–Hungarian cooperation, terrorist designations, rewards for information, sanctions against the digital infrastructure provider Autistici/Inventati and potential surveillance implications. It also examines State Department funding initiatives intended to promote conservative “civilizational values” in Europe. The article argues that these distinct instruments reveal a broader right-wing strategy combining support for favoured political positions with an expansive security framework directed against perceived opponents. It distinguishes documented decisions and cooperation from unproven operational connections and data transfers. Its central concern is the risk that political beliefs, associations and communications services become grounds for suspicion of terrorism. It concludes by calling for transparency and democratic scrutiny of Germany’s participation.

Der Beitrag untersucht die internationale Kampagne der Trump-Administration gegen als „Antifa“ oder „linksterroristisch“ bezeichnete Netzwerke und die Beteiligung des deutschen

Bundesinnenministeriums. Ausgangspunkt ist der Berliner Counterterrorism Law Enforcement Workshop vom 9. und 10. November 2026. Anhand amtlicher Erklärungen, parlamentarischer Auskünfte, einer peruanischen Reisegenehmigung sowie amerikanischer Haushalts- und Vergabeunterlagen rekonstruiert der Text die institutionelle und finanzielle Infrastruktur des Treffens, insbesondere die Rolle des Auslandsberatungsprogramms OPDAT im US-Justizministerium. Er ordnet den Workshop in einen weiteren Zusammenhang aus US-ungarischer Kooperation, Terrorlistungen, Belohnungsprogrammen, Sanktionen gegen den Kommunikationsanbieter Autistici/Inventati und möglichen Überwachungsfolgen ein. Ergänzend untersucht er Förderinitiativen des US-Außenministeriums zur Stärkung konservativer „zivilisatorischer Werte“ in Europa. Der Beitrag argumentiert, dass diese unterschiedlichen Instrumente eine übergreifende rechtsgerichtete Strategie erkennen lassen: die Förderung erwünschter politischer Positionen bei gleichzeitiger Ausweitung sicherheitsbehördlicher Verdachtskategorien gegenüber vermeintlichen Gegnern. Dabei unterscheidet er dokumentierte Entscheidungen und Kooperationen von bislang unbelegten operativen Verbindungen und Datenübermittlungen. Im Zentrum steht das Risiko, dass politische Überzeugungen, Kontakte und Kommunikationsdienste zum Anlass eines Terrorverdachts werden. Daraus leitet der Beitrag die Forderung nach Transparenz und demokratischer Kontrolle der deutschen Mitwirkung ab.

Einleitung

Seit Monaten versuchen Journalisten und Abgeordnete des deutschen Bundestags aufzuklären, woran sich das Bundesinnenministerium bei der Zusammenarbeit mit der Trump-Regierung gegen „linken Terrorismus“ beteiligt. Dabei geht es um mehr als um einen umstrittenen Konferenztitel. Washington will die von ihm als „Antifa“- und linksterroristische Netzwerke bezeichneten Zusammenhänge über die USA hinaus erfassen und bekämpfen. Die Frage ist deshalb auch, welche Rolle deutsche Behörden bei der Identifizierung von Personen, Organisationen und ihren internationalen Verbindungen übernehmen sollen.[1]

Die politische Grundlage reicht in den September 2025 zurück. In seinem Sicherheitsmemorandum NSPM-7 erklärte Donald Trump unterschiedliche Gewalttaten zu Bestandteilen organisierter Kampagnen. Als gemeinsame Merkmale führte er unter anderem Antifaschismus, Antikapitalismus, Antichristlichkeit und als extremistisch bezeichnete Positionen zu Migration und Geschlecht an. Das Programm sollte sich nicht auf unmittelbare Täter beschränken, sondern auch Finanzierer, Organisationen und bestimmte Auslandsverbindungen erfassen. Das Memorandum bindet zwar nominell die Umsetzung an geltendes Recht. Seine weit gefasste politische Beschreibung des ‚Feinds‘ macht jedoch die Frage dringlich, nach welchen Kriterien zwischen strafbarer Unterstützung von Terror und Gesinnung und legalem Engagement unterschieden wird.[2]

Auf der Washingtoner Konferenz vom 16. Juli 2026 wurde die internationale Ausrichtung ausdrücklich formuliert: US-Außenminister Marco Rubio beschrieb angeblich miteinander verbundene Netzwerke in Europa und Amerika, die identifiziert und ‚kartiert‘ werden sollten. Als Instrumente dafür nannte er den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und anderer Informationen, eine koordinierte Strafverfolgung und Eingriffe in Finanzierungswege. In derselben Rede kündigte er den nächsten Workshop gemeinsam mit Deutschland an.[3] Zeitgleich mit der Tagung verkündete Rubio ein *Visa Restriction Policy Targeting Far-Left Terrorist and Other Aligned Groups*, in dem - ausdrücklich mit Bezug zu NSPM-7 - Finanzierung, Rekrutierung und logistische Unterstützung als erfasste Aktivitäten genannt werden.[4]

Genau darin liegt aber die Brisanz der deutschen Beteiligung. Die Bundesregierung kooperiert mit einer US-Regierung, deren Vertreter nicht nur zur Verfolgung konkreter Gewalttaten aufrufen, sondern zugleich einen weit darüber hinausreichenden politischen und kulturellen Gegner beschreiben. Rubio sprach von „Hass gegen die Zivilisation selbst“ und Ste-

phen Miller bezeichnete sogar die Berufung auf Bürgerrechte als linken ‚Trick', um vor Strafverfolgung geschützt zu sein, und forderte dazu auf, darauf mit „tauben Ohren" zu reagieren und lieber den eigenen „Instinkten" zu vertrauen.

Dass die Bundesregierung wichtige Einzelheiten ihrer Beteiligung nicht offenlegt, wiegt vor diesem Hintergrund besonders schwer: Sie schürt damit Spekulationen über ebenso brisante wie fragwürdige Hintergründe, die gegen demokratische Kontrolle abgeschirmt werden sollen. Denn als Überschrift über die Fragen, wer mit welchen Kompetenzen, Kenntnissen und Interessen zum Berliner Workshop geladen wurde, welche Personen und Organisationen bereits im Visier der US-Initiatoren – und verbündeter Regierungen - sind und welche Informationen diesbezüglich ausgetauscht wurden, steht die Frage, wieweit die Bundesregierung der Subsumption politischer Opposition unter einen ausgeweiteten Terrorismusbegriff zustimmt.

Spurensuchen

Ausgerechnet eine im Internet verfügbare peruanische Behördenakte, eine Reisegenehmigung, die die *Procuraduría General del Estado* in Lima am 5. November 2026 für den auf Terrorismusdelikte spezialisierten staatlichen Rechtsvertreter Milko Alberto Ruiz Espinoza für seine Reise nach Berlin ausstellte[5], erhellt einige denkwürdige Hintergründe.

So erwähnt das dreiseitige Dokument keine Einladung vom deutschen Innenministerium, sondern eine Einladung der US-Botschaft vom 27. Oktober, an einem *Taller sobre Aplicación de la Ley en la Lucha contra el Terrorismo* in Berlin am 9. und 10. November teilzunehmen. Als Organisator wird allein das US-Justizministerium über seine internationale Beratungs- und Ausbildungsstelle OPDAT angegeben. Zugesagt wird die Übernahme für die Hin- und Rückflüge, die Unterkunft, für Tagegelder und örtlichen Transport. Für den peruanischen Staat sind keine Kosten ausgewiesen.

Dass sich eine solche Zusage auch an alle anderen Teilnehmenden richtete, ist zwar unbelegt, aber natürlich naheliegend. Dass aber die Federführung auf US-Seite lag, zeigt die einseitige Bestätigung des US-Außenministeriums vom 18. November 2026, man habe gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium in Berlin Fachleute im Bereich Strafverfolgung und Terrorismusbekämpfung aus 31 Ländern zu einem zweitägigen Workshop ‚zusammengebracht'[6], um den Informationsaustausch und die Koordinierung von Maßnahmen gegen transnationalen „far-left terrorism" zu verbessern.

OPDAT

Mit dem Hinweis auf *OPDAT*[7] verweist die peruanische Reisegenehmigung allerdings noch auf weitere Hintergründe: Das *Office of Overseas Prosecutorial Development, Assistance and Training* wurde 1991 innerhalb der *Criminal Division* des US-Justizministeriums gegründet. Als Geldgeber für seine globalen Antiterrorismusprogramme nennt OPDAT das *Bureau of Counterterrorism* des *State Department* unter Marco Rubio: Auf Grundlage eines *Memorandum of Understanding* stellt die Antiterrorismusabteilung des Außenministeriums dem Justizministerium Mittel für die fachliche Unterstützung ausländischer Strafverfolgungsstellen bereit.[8]

OPDAT entsendet u.a. US-Bundesstaatsanwälte an US-Botschaften, die mit ausländischen Justiz- und Strafverfolgungsinstitutionen u.a. hinsichtlich Computerkriminalität, bei konkreten Ermittlungen und Verfahren, sogar beim Entwurf von Gesetzen und der Entwicklung von – auch grenzüberschreitenden - Ermittlungs- und Anklageteams kooperieren. OPDAT beschreibt diese Zusammenarbeit ausdrücklich als Instrument amerikanischer Sicherheitsinteressen und der Prioritäten der Trump-Regierung. Die Berufung auf „America First“ ist damit Teil der institutionellen Selbstdarstellung.

Eine im Juli 2026 aktualisierte Darstellung[9] unterstreicht das der Behörde zur Verfügung stehende Instrumentarium, von internationalen Arbeitstreffen über den Austausch von Informationen über laufende Ermittlungen bis hin zur Unterstützung ausländischer Partner bei ‚Terrorlistungen‘. Die Nennung von *OPDAT* im Kontext des Berliner Workshops legt daher die Vermutung nahe, dass die US-Behörde auch dort im Sinn ihrer Auftragsstellung tätig war.

Die Spur im US-Haushalt

In den Budgetunterlagen der *Criminal Division* des US-Justizministeriums für das Haushaltsjahr 2026 findet sich in einer ‚Übersicht über erstattungsfinanzierte Ressourcen‘ (*Summary of Reimbursable Resources)* die Zeile „Department of State – ICITAP/OPDAT“. Sie dokumentiert für ICITAP und OPDAT gemeinsam für 2024 einen Ist-Wert von 230,53 Millionen US-Dollar aus, für 2025 eine Schätzung in gleicher Höhe und einen in gleicher Höhe für 2026 beantragten Betrag.[10]

Auch der Etat des US-Außenministeriums[11] umfasst Ansätze für internationale *Antiterrorism Assistance* (Unterstützung ausländischer Strafverfolgungs- und Justizbehörden). Die *Congressional Budget Justification* beantragt dafür fürs Haushaltsjahr 2026 215 Millionen US-Dollar. für „Antiterrorism Assistance“. Für 2027 werden 240 Millionen US-Dollar für den breiter bezeichneten Bereich „Counterterrorism“ beantragt.

Erst auf der Ebene eines einzelnen Vergabeauftrags der *Criminal Division* des US-Justizministeriums führt die Spur – unter der Order-Bezeichnung **15JPSS27F00000028** – zum „GERMANY BERLIN CTLEW 2026". Als konkrete Vergabestelle erscheint die zentrale Beschaffungsstelle der *Justice Management Division*[11] und als konkreter Betrag (unter P00001 vom 3. November) finden sich 36.645 US-Dollar. Unter der Vertragsnummer **15JPSS20D00000035** ist der Berliner Einzelauftrag einem umfassenderen Unterstützungsvertrag für *Worldwide Support Services on Behalf of CRM ICITAP/OPDAT*[12] zugeordnet.[13]

Als konkreten Dienstleister im Umfeld von ICITAP und OPDAT nennt der Datensatz *PAE [= Pacific Architects and Engineers] Government Services*, einen US-Konzern, der u.a. im Auftrag der US-Regierung umfassende logistische, technische und informationstechnische Aufträge ausführt[14]. Mit welchen konkreten Aufgaben der Konzern beim Berliner Workshop betraut war, bzw. ob und wie er tätig wurde, ist allerdings aus dem vorliegenden Registerauszug nicht ersichtlich.

Informationsaustausch mit Ungarn vereinbart

Während damit lediglich die organisatorische Infrastruktur hinter dem Berliner Workshop deutlicher hervortritt, zeigen weitere Dokumente, welche politischen und operativen Ziele und welche Formen der Zusammenarbeit die US-Regierung mit ihrer internationalen Initiative andernorts verfolgt.

So unterzeichneten US-Außenminister Marco Rubio und die ungarische Außenministerin Anita Orbán am 29. Oktober in Washington ein *Memorandum of Understanding* zur Strafverfolgungszusammenarbeit und zum Informationsaustausch. Gemäß des amtlichen Transkripts erklärte Rubio, es sollten grenzüberschreitende Netzwerke verfolgt werden, die westliche Gesellschaften und deren „Zivilisation" destabilisierten. Orbán nannte ihrerseits „Antifa Ost" als Beispiel für Gruppen, deren gewaltsame Aktivitäten beide Staaten gemeinsam verhindern, aufdecken und verfolgen wollten.[15] Auch wenn Details des Textes des Memorandums bisher unbekannt sind, erhebt sich vor dem Hintergrund der bilateralen US-ungarischen Absprache und des Berliner Workshops die Frage, wie sich die Bundesregierung zu möglichen US-Wünschen nach ähnlichen US-deutschen Verabredungen stellen wird – oder bereits gestellt hat.

Belohnungen für Informationen aus Europa – aber Informationen worüber?

Einen Zugang zur Vorgeschichte der US-ungarischen Kooperation und zu weiteren Informationen eröffnet das *State Department* über sein Programm *Rewards for Justice*. Es bietet bis zu zehn Millionen US-Dollar für Hinweise an, die zur Unterbrechung der ‚Finanzierungskanäle' von vier in Europa verorteten Gruppen führen. Genannt werden über *Antifa Ost* hinaus: *Informal Anarchist Federation/International Revolutionary Front*, *Armed Proletarian Justice* und *Revolutionary Class Self-Defense*.[16] Die vier Gruppen waren im November 2025 Gegenstand gesonderter US-Listungsverfahren geworden. Das State Department erklärte sie zu „Specially Designated Global Terrorists" und kündigte die Einstufung als „Foreign Terrorist Organizations" mit Wirkung zum 20. November 2025 an.[16]

Thomas DiNanno, Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit im US-Außenministerium, hatte die Ausschreibung der Belohnung am 12. Dezember 2025 bei einem früheren amerikanisch-ungarischen Antiterrorismusdialog in Budapest[17] angekündigt. Bereits damals sprach er über eine beabsichtigte Zusammenarbeit beim Austausch von Informationen zu „Antifa"-Aktivitäten in Europa. Die bilaterale Kooperation vom Oktober 2026 hat also ihrerseits eine dokumentierte Vorgeschichte.[18]

DiNannos Budapester Ausführungen vom 12. Dezember 2025 standen zudem in deutlicher inhaltlicher Kontinuität zu Trumps Sicherheitsmemorandum vom September 2025 und dessen Umsetzungsvorgaben aus dem Justizministerium vom 4. Dezember[19]. Sie trugen daher dazu bei, die im Dokument vertretene semantische Mehrdeutigkeit des Begriffs ‚Antifa' international zu verankern, d.h. Antifaschismus, Antikapitalismus und weitere weltanschauliche Merkmale in die Nähe organisierter Gewalt zu bringen und Behörden zu drängen, dahinter Strukturen, Unterstützer und Finanzierungswege zu vermuten. Über den internationalen Informationsaustausch gehen die so erzeugten Verdachtsannahmen aber auch in nationale Politiken ein und können legale politische, demokratische Zusammenhänge unter Verfolgungsdruck setzen. Dies macht Anfragen an den in Frage stehenden Berliner Workshop so dringlich.

Ein Beispiel mit Tiefenwirkung

Der Fall *Autistici/Inventati* zeigt, wie weit der Zugriff auf behauptete ‚terroristische' Unterstützungsstrukturen reichen kann: Im August 2026 nahm Washington mit *Autistici/Inventati* einen italienischen Anbieter digitaler Infrastruktur in die Sanktionspolitik auf. Das State Department erklärte A/I zum *Specially Designated Global Terrorist* und warf dem Kollektiv vor, gewaltorientierten linken Netzwerken verschlüsselte Kommunikation, Hosting und weitere technische Dienste bereitzustellen. Unter den angeblichen Nutzern nennt die Mitteilung

auch *Rose City Antifa* und *Jane's Revenge* in den USA.[20] Die amtliche Mitteilung beschreibt Vermögenssperren im US-Zuständigkeitsbereich, grundsätzlich untersagte Transaktionen für US-Personen und mögliche Sanktionsrisiken für bestimmte Geschäfte mit und von ausländischen Finanzinstitutionen: Die Sanktionsentscheidung wirft damit die Frage auf, auf welcher Beweisgrundlage Washington die Bereitstellung von Kommunikationsdiensten mit der gezielten Unterstützung terroristischer Aktivitäten zusammenbringt.

Dies führt zu einem weiteren Aspekt: Die internationale Suche nach angeblichen „Antifa“-Netzwerken könnte der Trump-Regierung auch beim Vorgehen gegen politische Gegner innerhalb der USA nützen. Einen möglichen Mechanismus beschreibt der US-Rechtswissenschaftler Ryan Goodman in einer im April 2026 veröffentlichten Analyse. Seine Warnung lautet: Werden ausländische „Antifa“-Gruppen zum Gegenstand der Terrorismusaufklärung gemacht, kann dabei auch die Kommunikation von Menschen in den USA in den Blick der Behörden geraten.[21]

Im Mittelpunkt steht eine Vorschrift des amerikanischen Auslandsüberwachungsrechts, bekannt als „Section 702“. Sie erlaubt unter bestimmten Voraussetzungen die Erfassung der Kommunikation ausländischer Zielpersonen, die sich außerhalb der USA befinden. Dabei können auch Nachrichten und Gespräche mit US-Bürgern oder anderen rechtlich geschützten ‚US-Personen' miterfasst werden, wobei ein Sondergericht Zertifizierungen und Verfahrensregeln prüft. Auch das FBI kann auf diese Daten zugreifen und auf Informationen über US-Personen durchsuchen. Nach Goodman schafft die weit gefasste „Antifa“-Konstruktion eine ‚Hintertür', um US-Bürger zu erfassen, die sich legal politisch betätigen.[22]

Für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit ergibt sich daraus eine konkrete Kontrollfrage: Welche Informationen über Personen und ihre politischen, organisatorischen oder technischen Verbindungen wurden ausgetauscht – und welche Grenzen gelten für deren spätere Verwendung? Angesichts der Möglichkeit, dass bei dem Berliner Treffen bestimmte Überwachungsmaßnahmen vereinbart oder ermöglicht wurden, sind Auskünfte über die besprochenen Datenarten, Verwendungszwecke und Schutzvorkehrungen dringend erforderlich.

Die andere Seite der politischen Einflussnahme

Die internationale Sicherheitskooperation ist allerdings nur ein Teil der amerikanischen Europapolitik. Während die Trump-Regierung als ‚links' bezeichnete Netzwerke mit Instrumenten

der Terrorismusbekämpfung erfassen will, setzt das State Department zugleich auf die Förderung gesellschaftlicher Akteure, die die Vorstellungen der Trump-Administration von westlicher Identität, Souveränität und politischer Ordnung voranbringen sollen. Das zeigen zwei Ausschreibungen aus dem Sommer 2026.[23]

Unter dem Titel *Developing Civilizational Bonds, Democratic Resilience, and Rule of Law in Europe* veröffentlichte das für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit zuständige Büro des State Department am 13. Juli 2026 eine Ausschreibung über insgesamt rund 4,93 Millionen US-Dollar. Vorgesehen waren zwei bis drei Projektförderungen mit Laufzeiten zwischen zwölf und 24 Monaten. Als Ausgangspunkt beschreibt der Aufruf eine vermeintliche Abkehr europäischer Regierungen von Naturrecht, nationaler Souveränität und westlichem Erbe. Gesetze, Gerichte und Medienregulierung erscheinen darin als mögliche Instrumente politischer Unterdrückung.

Die vorzusehenden Aktivitäten reichen, über die Forschung hinaus, von Konferenzen über kulturelle Veranstaltungen bis zu Gerichtsbeobachtung und juristischer Interessenvertretung. Zugleich behält sich das Ministerium erhebliche Mitwirkung vor: Jahresarbeitspläne, Kriterien für Schlüsselpersonal sowie Forschungs- und Befragungsmethoden unterliegen der Genehmigung. Das Ministerium kann Entwürfe und Publikationen kommentieren und an der Gestaltung von Workshops einschließlich Themen, Orten und Teilnehmenden mitwirken.

Noch deutlicher wird der Interventionsanspruch in einer zweiten Ausschreibung vom 7. August. Unter dem Titel „Promoting Civilizational Values“ ist eine Förderung über knapp 1,97 Millionen US-Dollar vorgesehen.[24] Als Projektziele genannt werden unter anderem juristische Interventionen, die Einwirkung auf gerichtliche und parlamentarische Verfahren, Veranstaltungen für Justizakteure und Wahlkommissionen sowie Bewertungsinstrumente für Parlamentarier und Richter. Auch Forschung zu Migration und Integration gehört zum vorgesehenen Tätigkeitsfeld.

Beide Programme sind ein Indiz, wie das *US-State Department* in europäische Debatten und institutionelle Verfahren hineinwirken will und mit welchem weltanschaulichen Rahmen dies geschehen soll. Über die Förderung ‚erwünschter‘ Positionen und die sicherheitspolitische Bekämpfung als ‚feindlich‘ beschriebener Netzwerke beansprucht Washington, die politischen Konfliktlinien in Europa nach eigenen Prioritäten mitzubestimmen.

Welche Organisationen aus diesen konkreten Ausschreibungen Geld erhalten haben, ist anhand der bislang ausgewerteten öffentlichen Nachweise nicht festzustellen. Journalistische Recherchen beschreiben daneben Gespräche und Förderplanungen im Umfeld europäischer Organisationen.[25] In einem Artikel des *Guardian* heißt es in der Titelzeile: „Die Unterstützung

für weiße Afrikaner und Antikommunismus gilt in der neuen Definition der USA als Menschenrecht."[26] Ein kritischer Bericht der demokratischen Minderheit im Auswärtigen Ausschuss des US-Senats nennt die (progressive) *Free Speech Union* und das (konservative) *878 Institute* als ursprünglich für eine Förderung - ohne Wettbewerb - vorgesehene Organisationen.[27]

Schluss

Auch ohne die ausstehenden Details zum Berliner Workshop und zur Fortsetzung des CTLEW Formats: Die zusammengetragenen Indizien zeigen die Umrisse einer autoritär durchgesetzten, rechtsgerichteten ideologischen Kampagne der US-Regierung, in der sich das deutsche Innenministerium offenbar widerspruchslos, zumindest ohne Eigenprofil, stattdessen aber ‚hilfreich' eingerichtet hat, während Außenminister Jürgen Wadephul ebenso schweigt wie Bundesjustizministerin Stefanie Hubig. Immerhin geht es um den Rechtsstaat und die Frage, ob im Kontext von Terror konkrete Gewalttaten und nachweisbare strafbare Unterstützung verfolgt werden, oder unter dem Vorwand der Strafverfolgung politische, dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verpflichtete Überzeugungen zum Anlass des Terrorverdachts gemacht werden können. Die Bundesregierung wird zu dieser Frage nicht endlos schweigen können.

---

[1] Aiko Kempen: *Trumps „Anti-Antifa-Konferenz": Deutscher Spitzenbeamter trat als Redner auf*. FragDenStaat, 11. September 2026. Der Artikel dokumentiert die Recherche anhand interner Unterlagen, die Teilnahme von Christian Klos an einer Podiumsrunde und die teilweise verweigerte Herausgabe von Vorbereitungsunterlagen. https://fragdenstaat.de/artikel/exklusiv/2026/09/Trumps-Anti-Antifa-Konferenz/; Matthias Monroy: *Deutschland und USA haben Anti-Antifa-Workshop abgehalten*. nd-aktuell, 19. November 2026, 16:20 Uhr. Der Bericht beschreibt die weiteren Nachfragen im Oktober und November sowie die begrenzten beziehungsweise zunächst ausbleibenden Auskünfte des Bundesinnenministeriums. Diese Auskünfte werden hier nach Monroys Bericht wiedergegeben, nicht als Ergebnis einer eigenen Befragung. https://www.nd-aktuell.de/artikel/1204014.repression-gegen-linke-deutschland-und-usa-haben-anti-antifa-workshop-abgehalten.html; Deutscher Bundestag: *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Drucksache 21/8201 –: US-amerikanisch-Deutscher Workshop zu linksextremistischer Gewalt*. Drucksache 21/8458, 8. Oktober 2026; übermittelt mit Schreiben des Bundesinnenministeriums vom 7. Oktober (vgl. Antworten 3 und 5–9 zur deutschen Teilnahme und zur gemeinsamen Vorbereitung des Folgeworkshops) https://dserver.bundestag.de/btd/21/084/2108458.pdf ; U.S. Department of State: *Remarks at the Opening of the Ministerial on the Resurgence of Political Terrorism*. Washington, D.C., 16. Juli 2026. Amtliches Transkript der Eröffnungsbeiträge, darunter Marco Rubio und Stephen Miller. https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/07/remarks-at-the-opening-of-the-ministerial-on-the-resurgence-of-political-terrorism.

[2] Donald J. Trump / The White House: *Countering Domestic Terrorism and Organized Political Violence*. National Security Presidential Memorandum/NSPM-7, 25. September 2025. https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/09/countering-domestic-terrorism-and-organized-political-violence/

[3] U.S. Department of State: *Remarks at the Opening of the Ministerial on the Resurgence of Political Terrorism*. Washington, D.C., 16. Juli 2026. Amtliches Transkript der Eröffnungsbeiträge, darunter Marco Rubio und Stephen Miller. https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/07/remarks-at-the-opening-of-

the-ministerial-on-the-resurgence-of-political-terrorism; vgl. auch: U.S. Department of State / Marco Rubio: *Visa Restriction Policy Targeting Far-Left Terrorist and Other Aligned Groups*. Press Statement, 16. Juli 2026.

[4] https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesman/2026/07/visa-restriction-policy-targeting-far-left-terrorist-and-other-aligned-groups. Bereits 2025 bot die US-Regierung bis zu $10 Millionen “for information leading to the disruption of the financial mechanisms of four European-based groups designated by the U.S. government as Foreign Terrorist Organizations (FTOs)”, darunter ‘Antifa-Ost’, ‘Informal Anarchist Federation/International Revolutionary Front (FAI/FRI)’, ‘Armed Proletarian Justice und Revolutionary Class Self-Defense’. https://rewardsforjustice.net/rewards/violent-antifa-groups/

[5] Die Reisegenehmigung verpflichtet Ruiz Espinoza zudem, binnen 15 Kalendertagen nach Ende der Dienstreise einen detaillierten Bericht über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Ergebnisse an die Leitung seiner Behörde und in Kopie an die Verwaltungsstelle zu senden. Sie könnte Aufschluss darüber geben, welche Inhalte einem eingeladenen Teilnehmer vermittelt wurden. Eine Übermittlung dieses Berichts an die US-Seite ist in der Resolution dagegen nicht angeordnet.

[6] U.S. Department of State / Thomas „Tommy“ Pigott: *The United States – Germany Workshop Strengthens International Cooperation Against Far-Left Terrorism*. Press Statement, Office of the Spokesman, 18. November 2026. https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesman/2026/11/the-united-states-germany-workshop-strengthens-international-cooperation-against-far-left-terrorism/

[7] Zu nachfolgenden Informationen vgl.: U.S. Department of Justice, Criminal Division: *Office of Overseas Prosecutorial Development, Assistance and Training (OPDAT)*. https://www.justice.gov/criminal/criminal-opdat; U.S. Department of State: *The Department of Justice’s Office of Overseas Prosecutorial Development, Assistance and Training (OPDAT): Combatting Transnational and Domestic Organized Crime in the Northern Triangle*. Hintergrundgespräch, 1. Dezember 2020. https://2017-2021.state.gov/the-department-of-justices-office-of-overseas-prosecutorial-development-assistance-and-training-opdat-combatting-transnational-and-domestic-organized-crime-in-the-northern-triangle/

[8] U.S. Department of Justice, Criminal Division / OPDAT: *Global Counterterrorism Programs*. (aktualisiert am 2. Juli 2026, vgl. insbesondere „Global Counterterrorism Rapid Response Fund“). https://www.justice.gov/criminal/criminal-opdat/global-counterterrorism-programs ; dies.: *Global Counterterrorism* (aktualisiert am 11. August 2023, besonders: „Background“). https://www.justice.gov/criminal/criminal-opdat/global-counterterrorism. Die Einrichtung insgesamt finanziert sich über Mittel verschiedener US-Behörden.

[9] U.S. Department of Justice, Criminal Division / OPDAT: *Global Counterterrorism Programs*. (aktualisiert am 2. Juli 2026, vgl. insbesondere „Global Counterterrorism Rapid Response Fund“). https://www.justice.gov/criminal/criminal-opdat/global-counterterrorism-programs ; dies.: *Global Counterterrorism* (aktualisiert am 11. August 2023, besonders: „Background“). https://www.justice.gov/criminal/criminal-opdat/global-counterterrorism

[10] U.S. Department of Justice, Criminal Division: *CRM FY 2026 PB Exhibits*. Exhibit H, *Summary of Reimbursable Resources*, „Collections by Source“, Zeile „Department of State – ICITAP/OPDAT“. Die Tabelle ist in Tausend US-Dollar geführt: 230.530 entsprechen 230,53 Millionen. Spalten: „2024 Actual“, „2025 Estimate“, „2026 Request“. https://www.justice.gov/media/1403241/dl?inline; Dies.: *FY 2027 CRM Exhibits*. Exhibit H.R., *Summary of Reimbursable Resources*, „Collections by Source“, Zeile „Department of State“. Jeweils 230.530 Tausend US-Dollar für „2025 Actual“, „2026 Estimate“ und „2027 Request“. Die Quellenzeile nennt hier nicht mehr ausdrücklich ICITAP/OPDAT. https://www.justice.gov/jmd/media/1434206/dl?inline

[11] U.S. Department of State: *Congressional Budget Justification. Department of State, Foreign Operations, and Related Programs. Fiscal Year 2026*, p. 139: „Antiterrorism Assistance“ im Bereich „Nonproliferation, Anti-terrorism, Demining and Related Programs“ (NADR): $215 Millionen als „FY 2026 Request“. https://www.state.gov/wp-content/uploads/2025/06/FY-2026-State-CBJ-MASTER-6.3.2025-Updated.pdf ; dies.: *Congressional Budget Justification. Department of State, Foreign Operations, and Related Programs. Fiscal Year 2027*. p. 111, Abschnitt „Nonproliferation, Anti-terrorism, Demining and Related Programs“, Unterabschnitt „Counterterrorism ($240 million)“: “Funds directly strengthen the skills of foreign law enforcement and criminal justice sectors to detect, respond to, investigate, and prosecute terrorist activity.“ https://www.state.gov/wp-content/uploads/2026/04/FY2027-Department-of-State-Congressional-Budget-Justification-Final-4.20.2026.pdf

[12] USAspending: *Delivery Order 15JPSS27F00000028 – GERMANY BERLIN CTLEW 2026*. Ursprünglicher Vorgang vom 15. Oktober 2026; Änderung P00001 vom 3. November 2026 über 36.645 US-Dollar. https://www.usaspending.gov/award/CONT_AWD_15JPSS27F00000028_1501_15JPSS20D00000035_1501; Zugeordneter Unterstützungsvertrag: *15JPSS20D00000035 – Worldwide Support Services on Behalf of CRM ICITAP/OPDAT*. https://www.usaspending.gov/award/CONT_IDV_15JPSS20D00000035_1501. Damit wird die Verknüpfung des Berliner Workshops mit OPDAT auch über Dokumente des US-Justizministeriums bestätigt.

[13] Vgl.: https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/2011286/000162828025053993/amtm-20251003.htm ; https://globalhealth.org/member-spotlight-amentum/ ; https://www.sourcewatch.org/index.php/Pacific_Architects_and_Engineers%2C_Inc.

[14] PAE Incorporated wurde allerdings am 15. Februar 2022 von Amentum übernommen. Der Transaktionswert betrug nach Unternehmensangaben rund 1,9 Milliarden US-Dollar. Amentum erklärte damals, mit dem Kauf unter anderem seine nachrichtendienstlichen, Cyber-, IT- und Ausbildungsleistungen auszubauen. Vgl. Amentum Completes Acquisition of PAE (15.2.2022). https://www.amentum.com/news/amentum-completes-acquisition-of-pae/: "The combination with PAE adds to and enhances Amentum's industry-leading capabilities, including the areas of synthetic training, sensor-based technologies, intelligence, cyber and IT, spectrum and electronic warfare, secure satellite communication connectivity, space operations, environmental solutions, asset management, and mission support." Vgl. auch Amentum's ANNUAL REPORT 2025, p. 15: Danach handelt es sich bei 81 % der Aufträge an Amentum um US-Regierungsaufträge. https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/2011286/000162828025053993/amtm-20251003.htm. Warum im Kontext des Berliner Workshops nur PAE Incorporated genannt wird, ist unbekannt.

[15] U.S. Department of State: Secretary of State Marco Rubio and Hungarian Foreign Minister Anita Orbán at a Memorandums of Understanding Signing Ceremony on Energy Infrastructure and Regional Energy Security and on Law Enforcement Cooperation and Information Exchange. Remarks, Washington, D.C., 29. Oktober 2026. https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesman/2026/10/secretary-rubio-and-hungarian-fm-orban-at-a-mou-signing-ceremony-on-energy-infrastructure-and-regional-energy-security-and-on-law-enforcement-cooperation-and-information-exchange/

[16] U.S. Department of State, Office of the Spokesman: *Designations of Antifa Ost and Three Other Violent Antifa Groups*. Fact Sheet, 13. November 2025. https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesman/2025/11/designations-of-antifa-ost-and-three-other-violent-antifa-groups/

[17] Thomas G. DiNanno / U.S. Department of State: *Opening Remarks for Under Secretary DiNanno's Participation in the U.S. – Hungary Interagency Counterterrorism Dialogue*. Budapest, 12. Dezember 2025. https://www.state.gov/opening-remarks-for-under-secretary-dinannos-participation-in-the-u-s-hungary-interagency-counterterrorism-dialogue

[18] U.S. Department of State, Rewards for Justice: *Violent Antifa Groups*. Laufende amtliche Ausschreibung, abgerufen am 20. November 2026. https://rewardsforjustice.net/rewards/violent-antifa-groups/; Thomas G. DiNanno / U.S. Department of State: *Opening Remarks for Under Secretary DiNanno's Participation in the U.S. – Hungary Interagency Counterterrorism Dialogue*. Budapest (**12. Dezember 2025).** https://www.state.gov/opening-remarks-for-under-secretary-dinannos-participation-in-the-u-s-hungary-interagency-counterterrorism-dialogue

[19] Donald J. Trump / The White House: *Countering Domestic Terrorism and Organized Political Violence*. NSPM-7, 25. September 2025. https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/09/countering-domestic-terrorism-and-organized-political-violence/ ; Office of the Attorney General: *Implementing National Security Presidential Memorandum-7: Countering Domestic Terrorism and Organized Political Violence*. 4. Dezember 2025. https://www.criminallegalnews.org/news/publications/bondi-memo-on-countering-domestic-terrorism-and-organized-political-violence/

[20] U.S. Department of State: Designation of Autistici/Inventati as a Specially Designated Global Terrorist. Fact Sheet, 26. August 2026. https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/08/designation-of-autistici-inventati-as-a-specially-designated-global-terrorist

[21] Ryan Goodman: Bogus "Antifa" Designations and FBI Warrantless Access to Americans' Communications. Guarding FISA Section 702's "Back Door". Just Security, 14. April 2026. https://www.justsecurity.org/136232/antifa-fisa-section-702-back-door/

[22] Zwar lief die gesetzliche Ermächtigung für Section 702 am 12. Juni 2026 aus, kann aber bis zum 17. März 2027 fortgeführt warden: U.S. Government Publishing Office: *Public Law 119-87*, genehmigt am 30. April 2026, Sec. 1(a): Verschiebung des Auslaufdatums auf den 12. Juni 2026. https://www.govinfo.gov/content/pkg/PLAW-119publ87/html/PLAW-119publ87.htm ; *FISA Amendments Act of 2008*, Public Law 110-261, Sec. 404(b)(1)–(2). https://uscode.house.gov/us/usc/119-118/t50/s1801/ ; Brennan Center for Justice: *Section 702 Surveillance Will Not Lapse if Reauthorized by March 17, 2027*. 16. November 2026. https://www.brennancenter.org/media/16516/download/bcj_one-pager_fake-december-deadline_0.pdf?inline=1

[23] U.S. Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor: „Developing Civilizational Bonds, Democratic Resilience, and Rule of Law in Europe“, Notice of Funding Opportunity vom 13. Juli 2026, DFOP0019307 https://www.state.gov/drl-nofo-developing-civilizational-bonds-democratic-resilience-and-rule-of-law-in-europe

[24] U.S. Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor: „Promoting Civilizational Values“, Notice of Funding Opportunity vom 7. August 2026, DFOP0019542. https://www.state.gov/releases/bureau-of-democracy-human-rights-and-labor/2026/08/notice-of-funding-opportunity-nofo-promoting-civilizational-values

[25] Anna Maria Barry-Jester und Sharon Lerner: „Trump Officials Want to Use Human Rights Aid to Advocate for White South Africans and Right-Wing Causes in Europe“, ProPublica, 17. Juli 2026. https://www.propublica.org/article/human-rights-aid-right-wing-causes ; Reem Ibrahim: „Why Does Trump Want To Give Millions of Dollars to Right-Wing Europeans?“, Reason, 3. August 2026. https://reason.com/2026/08/03/why-does-trump-want-to-give-millions-of-dollars-to-right-wing-europeans/ ; Max Colbert und Sam Bright: „Millions of Dollars Pouring into UK Democracy from Trump’s America“, DeSmog, 3. November 2026. https://www.desmog.com/2026/11/03/millions-of-dollars-pouring-into-uk-democracy-from-donald-trump-america/

[26] Andrew Roth and Joseph Gedeon: Trump administration diverts human rights funds to push far-right agenda abroad. Support such as for white Afrikaners and anti-communism reveals how US is redefining what qualifies as human rights. In: The Guardian vom 30.9.2026. https://www.theguardian.com/us-news/2026/sep/30/trump-state-department-human-rights-fund

[27] United States Senate, Committee on Foreign Relations, Minority Staff: „Whose Interests“, Oktober 2026, Begleitschreiben vom 29. Oktober, S. 23–24, Abschnitt „Funneling Funds to Support Far-right Causes in Europe“. https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/sfrc_waste_report_-whose_interests-october_2026.pdf